

DEUTSCHLAND

Links schwenkt marsch

Verbitterte kleine Rechte

Die 14 Abgeordneten des frischgebackenen Rechtsblocks im Frankfurter Wirtschaftsrats wollen nicht länger führerlos vereint schlagen. Nicht nur eine neue Sitzordnung mit extrem-rechter Tuchfühlung, sondern auch ein neu gewählter Vorsitzender soll ihre neue Stärke manifestieren.

Die meisten Chancen, Sprachrohr für seine rechtsparteilichen Freunde zu werden, hat Nordrhein-Westfalens frei-demokratischer Ex-Finanzminister Franz Blücher.

Schon seit geraumer Zeit hatten sich die kleinen Rechtsfraktionen im Wirtschaftsrat von der großen christlichen Regierungsschwester vernachlässigt gefühlt. Oft wurden sie erst ein paar Minuten vor Beginn der Plenarsitzung von entscheidenden Kursänderungen der CDU/CSU benachrichtigt. Deren eigene Fraktion brachte es immer erst nach langwierigen Sitzungen fertig, die unterschiedlichen Nord-Süd- und Unternehmer - Gewerkschaftler - Tendenzen auf einen Generalnenner zu bringen.

Franz Blücher war es dann, der die ersten Schritte zum Zusammenschluß der mißhandelten Rechten tat, als die CDU/CSU auf die sozialdemokratische Lastenausgleichsline eingeschwenkt war.

Zuerst war man sich auf der rechten Seite des „hohen Hauses“ einschließlich CDU/CSU vollkommen einig gewesen, im ersten Lastenausgleichsgesetz nur einer zweiprozentigen Belastung des Vermögens zuzustimmen. So sah es auch der Vorschlag des Gutachterausschusses und die Vorlage der Verwaltung vor.

Die SPD aber bestand hartnäckig auf drei Prozent. Eine anfängliche CDU-Weigerung konterte sie unverblümt: „Dann machen wir eben nicht mit.“

Die christlichen Demokraten gedachten im Fraktionszimmer der Volksmeinung, der Flüchtlingsstimmen und zukünftiger Wähler, gaben in letzter Minute die Parole „Links schwenkt marsch“, und marschierten geschlossen hinter die sozialistischen drei Prozent.

Vergeblich kämpften die Freien Demokraten, die Deutsche Partei und Quilling und Kühne, parteilose ehemalige Loritzer und Ex-WAVER, gegen die CDU/SPD-Koalition. Vergänglich plädierte DP-Mühlenfeld im Schatten von Hellweges groß-bäuerlichen Wählern um einen 20 000-DM-Freibetrag für bäuerliche Betriebe. Sein 2½-prozentiger Kompromißvorschlag wurde ebenso abgelehnt wie Quillings Verlangen, das normale Betriebsvermögen von der Belastung auszuschließen. Vergänglich beschwor Franz Blücher, ehemals Direktor der Essener Nationalbank, im Namen des Unternehmertums die Christen, der Lastenausgleich stelle „in dieser Form eine äußerste Gefahr für den Verfall des Volksvermögens“ dar.

Mit 76 Stimmen der SPD-CDU ging der dreiprozentige Lastenausgleich dann durch. Der bis dahin ziemlich geschlossene Rechtsblock CDU/CSU, FDP, DP plus Quilling und Kühne wankte zum ersten Male bei einer kritischen Vorlage).

Nach einer „gründlichen Aussprache“ mit dem CDU-Fraktionsvorstand überreichten die verbitterten kleinen Rechten Präsident Erich Köhler einen „Bericht“ über die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der FDP mit DP und den beiden Ex-WAV-Leuten als „Warnungszeichen“. Das

*) Geraume Zeit früher hatte allerdings die Deutsche Partei eine früher bestehende Fraktionsgemeinschaft mit der CDU/CSU gekündigt.

Warnungszeichen war, laut „Bericht“, gedacht gegen „die Unentschlossenheit und Uneinigkeit in den Reihen der großen Regierungsfraktion, die zu einer weitgehenden Unsicherheit des wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kurses und zu höchst bedauerlichen und gefährlichen Zufallsentscheidungen geführt haben“.

Köhler verlas das alles am Ende der vorweihnachtlichen Plenarsitzung. Aber die Journalisten überhörten seine Worte im allgemeinen Aufbruchstrubel. So ging das rechtsdemokratische „Warnungszeichen“ erst einmal der Publizistik verloren.

An die Öffentlichkeit kam es erst Wochen später durch einen Artikel in



Wahrhaft politische Haltung
Blücher auf der Walstatt

Hessens LDP-Kurier. Die DP las das „schlechte Deutsch“ (DP-Büro) des Artikels ebenfalls erst Wochen danach. Als Autor zeichnete Minister a. D. Franz Blücher. Er schrieb: „Die CDU/CSU-Fraktion . . . stellte sehr häufig parteipolitisch-taktische Erwägungen über eine das Ganze und seine Zukunft bedenkende, wahrhaft als politisch anzusprechende Haltung“.

Die Demokraten hatten es schon in ihrem „Bericht“ deutlich gemacht: Man sei nicht mehr in der Lage, die Verantwortung für die derzeitige Wirtschafts- und Sozialpolitik mitzutragen, „solange nicht die CDU/CSU-Fraktion unter Zurückstellung beruflicher und anderer Sonderinteressen in einer Gesamtheit für die zur Abstimmung gelangenden Vorlagen rückhaltlos einzutreten bereit ist“.

August M. Euler von der hessischen LDP sagte es noch offener: „Es gibt da einige Leute in der CDU, denen scheinbar mehr an der SPD gelegen ist als an uns.“ Das

war auf das gute Dutzend CDU-Gewerkschaftler gemünzt, die es oft vorziehen, mit der SPD zu stimmen.

Mit 14 Stimmen könne man die zickzackenden CDU-Gewerkschaftler zur Raison bringen, überlegten sich die Arbeitsgemeinschaftler, und der CDU/CSU deutlich machen, daß sie mit 40 Stimmen (genau soviel wie die SPD) noch lange nicht die nötigen Mehrheiten habe. Ganz abgesehen vom großen Unsicherheitsfaktor zunehmender Ausbrüche der mit der SPD sympathisierenden christlichen Gewerkschaftler und der bayrischen Bauern.

Durch geschlossene Stimmhaltung kann der 14köpfige Rechtsblock der CDU, zumal wenn sie durch Ausbrüche geschwächt ist, die Vorlagen verpatzen. Der Unternehmerflügel der CDU wird seine unsicheren Kantonisten von der Gewerkschaftsseite an die Spitze einer konsequenten Rechtspolitik legen müssen, um die neue Fraktion Blüchers mitzubekommen. Eben dies ist der Zweck des Zusammenschlusses der kleinen Rechten.

An dem Stärkeverhältnis zwischen Regierungssseite und Opposition ändert der neue kleine Rechtsblock allerdings nichts. Das ist auch der SPD klar. Sie hofft allerdings, daß es zu einer klaren Scheidung der Geister kommt. Besonders lieb wäre es ihr, wenn dabei der nachdrückliche „Warnungszeichen“-Druck das Gegenteil, d. h. eine Verstärkung des linken CDU-Flügels verursachen würde, „wie das so oft bei ultimativen Forderungen der Fall ist“.

Deutsche Politik mit Russen

Geglaubt hat das niemand

In Schal und Mantel mußte schon im letzten Winter Botschafter Rudolf Nadolny Freunde und Bekannte im luxuriösen Salon seiner Wohnung am Berliner Hohenzollerndamm empfangen. Dieses Jahr ist die Blockade dazugekommen, und die Kohlen sind eher noch knapper als letztes Jahr.

Es sei ihm einfach zu kalt in Berlin, sagt der 75jährige alte Herr; deshalb und nur deshalb sei er in den Westen gekommen. Bei seinem Schwiegersohn im rheinischen Heinzberg sei Aussicht auf einen komfortablen Winter. Wenn er als alter Diplomat natürlich nebenher auch an dem Anteil nehme, was der Westen einem unbeteiligten Beobachter an politisch Interessantem zu bieten hat.

Geglaubt hat das niemand. Denn Rudolf Nadolny, Botschafter a. D. in Ankara und Moskau, trägt wie ein Ahasverus die Last der oft mißglückten deutsch-russischen Beziehungen. Er gehört zu der besonderen Diplomaten-Spezies der nur ostwärts gerichteten Politiker. Allerdings nicht mit ideologisch-kommunistischem, sondern konservativem Untergrund — ein später Epigone Bismarcks, der sich im Osten die Rückversicherung holte, aber immer mit fünf Kugeln spielte.

Rudolf Nadolny ist in Bonn gewesen und hat Konrad Adenauer und Carlo Schmid seine Reverenz erwiesen. Konrad Adenauer sprach ein paar allzu höfliche Worte und bedauerte. Die parlamentarische Präsidentschaft nehme ihn gegenwärtig sehr in Anspruch — zu jeder anderen Zeit gern. Carlo Schmid war eher noch reservierter: Er halte eine Unterredung für zwecklos.

Eine Unterredung, die nach Nadolnys Plänen ein Gespräch deutscher Politiker aller Parteien und Zonen in Gang bringen sollte — einen zweiten Aufguß jener „Nationalen Repräsentation der Persönlichkeiten“ die (Nadolny-inspiriert und Friedensburg-dirigiert) im November 1947 mit einem fruchtlosen politischen Gespräch am Berliner Wannsee und einmü-

tigem Trotzen der Partei-Büros begann und endete. Die Zeit erwies sich Gesprächen mit Rückversicherungspolitikern feindlich. Auch jetzt, als Nadolny neben Politikern interessierte Geschäftsleute mit hohen Interzonen-Handelskonten auf beiden Seiten als Führer vorschicken wollte.

Rudolf Nadolny hat sich nach Bonner und Frankfurter Besuchen wieder auf seine Heinzberger Winterbesuchs-Linie zurückgezogen. So bleibt einstweilen das Zwielicht des Geheimnisses über der Behauptung, Nadolny sei mit Wissen oder sogar auf Anregung der SMA als politischer Emissär mit Verständigungsaufträgen des Ostens gekommen und direkt an Beamte und Dienststellen der Westalliierten herangetreten.

Nadolny (groß mit schmalem Kopf, östlich hängendem Schnurrbart und leicht vorstehenden Backenknochen, heute in Anzug und Gehabe ein wenig altmodisch und über die Schwelle des Greisenalters schon hinweg) hatte bereits 17 Jahre diplomatischen Dienst hinter sich, als er 1919 so etwas wie Staatssekretär bei Friedrich Ebert wurde. Ebert mochte den Mann mit der „slawisch gerichteten Seele“ nicht. Er holte sich lieber den elsäß-lothringischen Oberregierungsrat Meißner, der viel beweglicher war, nette Anekdoten erzählen konnte und dann zum einzigen stabilen Element der deutschen Politik unter zwei Präsidenten und einem Führer wurde.

Als Botschafter in Ankara hatte Nadolny, Petersburger Erfahrungen als Vizekonsul nutzend, 1924 sofort guten Kontakt mit dem spitzbärtigen Sowjet-Botschafter Suritz, der später nach Berlin kam. Suritz kabelaute jeden Wink Nadolnys nach Moskau, und die Sowjets unterstützten Deutschlands Kampf gegen den Versailler Vertrag, immer — bis Hitler kam.

Bei der Genfer Abrüstungs-Konferenz hatte der deutsche Delegationschef Rudolf Nadolny sowjetische Rückendeckung bei Maxim Litwinow und Boris Stein. Mit sowjetischer Hilfe sei es ihm, sagt Nadolny, dann 1932 gelungen, Deutschlands Gleichberechtigung auch de jure durchzusetzen. Dann aber kam Franz von Papen, ein Konservativer wie Nadolny, aber in seiner Couleur ebenso einseitig westlich wie Nadolny östlich. Die Früchte von Nadolnys Außenpolitik erfroren.

1933 wurden die letzten zwischen Nadolny und Litwinow mühsam geknüpften Fäden von Goebbels und Hitler zerrissen. Die Kreml-Freunde aus der Reichswehr in der Bendlerstraße wandten sich nervös an den alten Hindenburg, der dann Hitler das Zugeständnis abtrotzte, Rudolf Nadolny als Botschafter nach Moskau zu schicken.

Der Kreml verstand diese Geste, und Litwinow machte wieder etwas Sonnenschein. Aber lange dauerte das nicht: Litwinow hatte im Einverständnis mit Nadolny den Abschluß eines deutsch-sowjetischen Garantie-Vertrages über die Unabhängigkeit der baltischen Staaten vorgeschlagen. Auf einer Reise nach Genf machte Litwinow einen Abstecher nach Berlin. Neurath, damals Außenminister, empfing ihn betont kühl. Litwinow war verschnipft. Nadolny verlangte von Hitler eine außergewöhnliche Geste der Wiedergutmachung und untermalte seine Forderung mit Hinweisen auf die Stärke der Roten Armee. Hitler und Neurath lehnten ab. Nadolny schrieb einen bösen Abschiedsbrief. Neurath nahm an.

Um Rudolf Nadolny aber bildete sich ein Gewebe von Legenden. Es gruppierte sich ein geheimer Nadolny-Kreis, in dem der Botschafter unter östlich orientierten Diplomaten, ostkonservativen Generälen, alten Bismarck-Verehrern, Industriellen mit gutem Rußlandgeschäft und sogar



Fragil

stand auf den 44 Kisten, die an der Frankfurter Taunusanlage von US-Trucks in die Bank Deutscher Länder geschleppt wurden.

Die Kisten sind seit drei Jahren keinen Augenblick unbewacht. Der Silberschatz des Kronprinzen liegt darin verpackt — gedrehte Kandelaber, unförmige Tafelaufsätze, wapenverzierte Silberschüsseln. 300 000 Dollar sind die sieben Zentner Silber wert. 1908 stifteten die deutschen Städte das 500teilige Eßservice ihrem Kronprinzen als Hochzeitspresent. 1922 verkaufte Wilhelm an die Stadt Berlin. Im Kriege wurde es in 44 eigens dafür gezimmerte Kisten in einem thüringischen Salzbergwerk vergraben. Ein ominöser Ziselist gab den Amerikanern den Tip, als sie Thüringen den Russen überließen. Sie verschifften die Kisten über den Ozean.

Jetzt schrieb Berlins Commander Howley an Berlins Westsektorenmagistrat, der kronprinzliche Silberschatz komme zurück nach Deutschland. Als Zeichen des amerikanischen Vertrauens zur Bevölkerung Berlins.

Berlins stellvertretender Oberbürgermeister Dr. Friedensburg (s. Bild) flog nach Frankfurt und zählte. Es fehlte nichts.

Oberbannführern aus der Reichsführerschule der HJ von Potsdam geheime Rundschreiben zirkulieren ließ.

Als Marshall Shukow Berlin stürmte, verkümmelte sich Rudolf Nadolny nicht wie die anderen Diplomaten nach dem Westen. Er wurde Präsident des Roten Kreuzes der Ostzone, als sich die SMA etablierte. Das Elend der Deutschen in den politisch besetzten Ostgebieten ging auch ihm über die östliche Schlapphutschnur. Er schickte der SMA eine Denkschrift und mußte darauf gehen. Das Rote Kreuz wurde aufgelöst.

Mit Shukows Zusicherung, er werde behandelt wie ein ordentlicher akkreditierter Botschafter, blieb er trotzdem persona grata in Karlshorst. Zur SED hat er keine direkten Verbindungen. Er macht „deutsche Politik“ mit den Russen.

Für diese Politik hat er eine einfache Theorie entwickelt: Die Sowjets sind da, ebensowenig herbeigerufen und erwünscht wie Engländer, Amerikaner und Franzosen. Aber ebensowenig gewillt, sich durch deutsche Politiker zum Rückzug zwingen zu lassen. Sie sind ein politisches Faktum. Man muß mit ihnen rechnen, d. h. man muß mit ihnen zusammenarbeiten, um für alle Beteiligten den Kompromiß auf der mittleren Linie zu finden. Je eher sich die Alliierten einigen, desto besser für Deutschland. Dieser Uebereinkunft darf man nicht im Wege stehen, deshalb müssen sich die Deutschen untereinander auf einer Linie einigen, der Linie der nationalen Einheit. Eines Tages werden sich die östlichen und westlichen Alliierten zusammenfinden. Wenn sich dann die deutschen Politiker in einer einseitigen Kontraposition verrannt haben, sind sie ein Stein auf dem Pfad der alliierten Einigung.

Rudolf Nadolny weiß, daß der Kreml nicht an Ost-Deutschland, sondern nur an Gesamt-Deutschland interessiert ist. Seine politisch-diplomatischen Ambitionen passen gerade in das sowjetische Konzept. Und schließlich hängt ja auch in seiner eiskalten Berliner Hohenzollerndamm-Wohnung das Bild Josef Stalins, mit eigener Signatur sogar.

Mutter der Mutterfamilie

Die Männer leben am Rande

Dr. Klaje. Das kleine Pappschild ist junggesellenhaft mit zwei Heftzwecken an eine Wohnungstür im Neubauhause Helmuth-Kock-Straße 2 in Neumünster geheftet. Frau Dr. Dorothea Klaje ist in die Einsamkeit zurückgekehrt, nachdem sie bereits zweimal die eheliche Zweisamkeit gekostet hat. Der sehnlichste Wunsch blieb der 52jährigen aber versagt: Ein Kind.

„Ich bin nur eine von vielen.“ Als sie 1934 ein geistiges Kind gebar, wurde es ihr von der Gestapo genommen und ins Feuer geworfen. Dorothea Klajes erstes Buch „Die Frau in der Volksgemeinschaft“ hatte nur einen NS-geläufigen Titel. Der Inhalt wurde zum Inhalt ihres Lebens: Mutterrecht und Mutterfamilie.

Für 30 Pfennige verkauft die Lyzeumslehrerin und frühere Gutsherrin aus Gandelin in Pommern nach ihren Vorträgen vor Volkshochschülern und schockierten Kirchenvertretern auch heute ihre „14 Thesen zur Aenderung der Gesellschaftsordnung“, überschrieben „Die Mutterfamilie“. Darin ist unter „Fünf“ zu lesen: „Um unsere Kultur zu retten, gilt es, die Sittengesetze zu ändern und das Muttertum in ihren Mittelpunkt zu rücken“.

Nicht mehr der Vater soll das Oberhaupt der Familie sein, sondern die Mutter. „Der Gesetzgeber muß durch Aenderung des BGB eingreifen.“

Eine Eingabe an den Parlamentarischen Rat in Bonn hat sie schon gemacht. „Es ist daraufhin ja auch noch einmal über die zunächst abgelehnte Gleichberechtigung der Frau abgestimmt und ein positiveres Ergebnis erzielt worden.“ Aber noch nicht positiv genug. „Der Frauenüberschuß ist ins Riesenhafte gewachsen. Deshalb gehen die Bemühungen um Neuordnung von Ehe und Familie ganz Europa an. Sie kann nur durch eine Revolution erreicht werden.“

7,25 Millionen Frauen seien zur Zeit allein in Deutschland verdammt, ohne Ehemann zu leben. Ihnen möchte die noch jugendliche Frau zuerst helfen. Sie plädiert für eine Zeitehe. „Ich bin gegen Viel-